

Wir stehen gemeinsam vor gewaltigen Herausforderungen



Russland-Ukraine-Krieg. Energiekosten. Inflation.
Corona-Pandemie. Transformation.

Die laufende Transformation und die Corona-Pandemie haben die Unternehmen der bayerischen Metall- und Elektroindustrie in den vergangenen Jahren gefordert wie nie zuvor: Die Kombination aus hohen Investitionen in neue Geschäftsmodelle, neuen digitalen Prozessen und dem Umbau bzw. Aufbau neuer Produktionsanlagen und digitaler Infrastruktur sowie die erforderliche Weiterbildung der Beschäftigten belasten die Unternehmen. Hinzu kamen der Fachkräftemangel und die Corona-Pandemie, die ein schnelles, flexibles und umsichtiges Agieren erforderte.

Entscheidend für die Bewältigung der Situation war die große Solidarität zwischen Politik und Gesellschaft, den Unternehmen und ihren Beschäftigten sowie zwischen den Sozialpartnern IG Metall und dem Arbeitgeberverband vbm in Bayern. Das gemeinsame Handeln brachte deutliche Erfolge: Im Januar 2022, nur drei Jahre nach Beginn der Industrie-Rezession und zwei Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie, befanden sich viele Unternehmen der M+E Industrie in einer Phase der Erholung. Diese wurde durch den Russland-Ukraine-Krieg im Februar innerhalb weniger Tage zunichte gemacht. Die Probleme bei der Rohstoff- und Materialversorgung und den Lieferketten haben sich mit dem Krieg weiter verschärft, die Energiekosten sind explodiert und die Inflation ist so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr. Außerdem gefährdet der Fachkräftemangel sowohl Unternehmen als auch die dringend erforderliche Erneuerung und den Ausbau unserer Infrastruktur, zum Beispiel für Digitalisierung, Energie, Mobilität und Bildung.

Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik und Gesellschaft – wir alle sind gefordert

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Deutschland extreme Herausforderungen gut meistern kann, wenn Unternehmen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sowie Politik und Gesellschaft solidarisch zueinanderstehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Die aktuelle Situation stellt uns alle erneut auf die Probe. Noch haben wir die Folgen der Corona-Pandemie nicht vollständig bewältigt und es bleibt abzuwarten, wie die Lage im Herbst sein wird. Nicht kalkulierbar ist der Russland-Ukraine-Krieg, der sich massiv auf die Weltwirtschaft, den Standort Bayern und die M+E Industrie auswirkt. Deshalb müssen wir besonnen und klug mit Blick auf die kurz-, mittel- und langfristigen Konsequenzen agieren. Das umfasst auch eine der Situation angepasste Tarifpolitik.

Bayern braucht eine starke, wettbewerbs- und zukunftsfähige M+E Industrie

Die bayerische M+E Industrie mit ihren 845.000 Beschäftigten ist und bleibt von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bayern. Deshalb brauchen wir alle – Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft – mehr denn je Mut zur Veränderung, Gestaltungswillen und Zuversicht. Ziele der diesjährigen Tarifrunde müssen die Stabilisierung und Sicherung der M+E Industrie und der Arbeitsplätze sein. Der Erhalt der Beschäftigung und damit der Erhalt von Qualifikationen und von Ausbildungskapazitäten in den Betrieben ist entscheidend für unsere Zukunft.

Wir haben viel zu verlieren

845.000

Menschen arbeiten in der bayerischen M+E Industrie

Damit arbeiten rund 2/3 aller in der Industrie in Bayern Beschäftigten in der bayerischen M+E Industrie

68.113 €

Durchschnittliches Jahreseinkommen auf Topniveau

Durch die tariflichen Sonderzahlungen bekommen die M+E Beschäftigten in Bayern pro Jahr 13,8 Monatsentgelte.

+32%

Steigerung der Tarifentgelte seit 2010

Seit 2018 stiegen die Tarifentgelte inkl. neuer alljährlicher Zahlungen um mehr als 9%.

95%

Unbefristete Arbeitsverhältnisse

Die unbefristete Vollzeitstelle ist in der bayerischen M+E Industrie die Regel, nur 5% arbeiten befristet.

45.380

Auszubildende werden in M+E Berufen ausgebildet

Während Corona haben die Betriebe ihr Ausbildungsniveau hoch gehalten und steigern es jetzt wieder.

>90%

der Auszubildenden werden jährlich übernommen

Die M+E Industrie bietet gute Perspektiven bei attraktiver Bezahlung und vielen Karrierechancen.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind Bayern und Deutschland besser durch die Corona-Pandemie gekommen als viele andere Staaten in der Eurozone. Wir müssen alles tun, damit die aktuellen Stände bei Beschäftigung, Einkommen und Ausbildung gehalten und die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität des Standorts Bayern auf hohem Niveau bleiben und weiter ausgebaut werden können.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten

Die Lage ist äußerst angespannt

BIP noch nicht wieder auf Vor-Corona-Niveau ++ Drastisch reduzierte Wachstumsprognosen

Massive Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs

Lieferengpässe weiter verschärft ++ Gerissene Lieferketten ++ Ausfall wichtiger Vorprodukte ++ Auch Getreideimporte betroffen ++ Handelswege nach Asien eingeschränkt

Gasembargo hätte fatale Folgen für die gesamte Wirtschaft

220.000 Arbeitsplätze direkt betroffen ++ Massive indirekte Auswirkungen ++ Produktionsstopps befürchtet

Explodierende Energie- und Rohstoffpreise

Erdgas so teuer wie noch nie ++ Öl knapp 80 Prozent teurer als vor einem Jahr ++ vbw Energiepreisindex klettert von Allzeithoch zu Allzeithoch ++ Standort Bayern massiv betroffen

Steigende Kosten und Inflation gefährden Investitionen und Innovationen

Inflation auf Rekordniveau ++ Kaufkraft und Investitionsbereitschaft geschwächt

Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei

Sinkende Infektionszahlen ++ Neue Welle im Herbst möglich ++ Wirtschaftsleistung in Bayern und Deutschland unter Vorkrisenniveau

Die Lage ist äußerst angespannt

BIP noch nicht wieder auf Vor-Corona-Niveau ++ Drastisch reduzierte Wachstumsprognosen

Im Jahresdurchschnitt 2021 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Bayern um +3,0 Prozent. Damit lag die Wachstumsrate leicht über dem bundesweiten BIP-Anstieg von +2,9 Prozent. Das Wachstum reichte aber nicht aus, den Einbruch des Jahres 2020 um -4,3 Prozent wettzumachen. Belastend wirkten vor allem die Lieferengpässe und der Mangel an Rohstoffen, Material und Vorprodukten. Ab Herbst 2021 wurde die Konjunktur zusätzlich von der Omikron-Welle geschwächt.

Ursprünglich ruhten die Hoffnungen für das Jahr 2022 darauf, dass nach einem schwachen Winterhalbjahr zunächst sinkende Corona-Zahlen und später die allmählich auslaufenden Lieferengpässe für eine stärkere Dynamik in der zweiten Jahreshälfte sorgen würden. Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurden diese Hoffnungen zunichte gemacht.

Für Deutschland haben die Forschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen in der Zwischenzeit deutlich nach unten korrigiert – von rund +4 Prozent auf +1,5 bis +2,5 Prozent. Der Sachverständigenrat hat seine Prognose von +4,6 Prozent auf +1,8 Prozent reduziert, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB erwartet sogar nur noch +1,5 Prozent.

Massive Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs

Lieferengpässe weiter verschärft ++ Gerissene Lieferketten ++ Ausfall wichtiger Vorprodukte ++ Auch Getreideimporte betroffen ++ Handelswege nach Asien eingeschränkt

Der Russland-Ukraine-Krieg verschärft die bereits bestehenden Corona-bedingten Lieferengpässe. Die Lieferketten aus der Ukraine sind vielfach gerissen, jene aus Russland berechtigterweise weitreichend gekappt. Aus beiden Ländern beziehen wir bedeutende industrielle Rohstoffe wie Aluminium, Nickel, Kaolin und Titan, aus der Ukraine zusätzlich wichtige Vorprodukte für die Industrie, zum Beispiel Kabelbäume für die Automobilindustrie sowie wichtige Komponenten für die Produktion von Mikrochips. Hersteller von Halbleitern sind weltweit betroffen, da die Hälfte des Weltmarkts für reines Neogas zur Bearbeitung von Siliziumplatten von zwei ukrainischen Unternehmen produziert wird. Verantwortlich für die gerissenen Lieferketten sind einerseits die ausgesetzte Produktion in der Ukraine und andererseits gestörte bzw. unterbrochene Transport- und Logistikwege.

Russland ist vor allem als Lieferant von Energieträgern von großer Bedeutung (vgl. Explodierende Energie- und Rohstoffpreise). Die Importe von Steinkohle sind bereits mit einem Embargo belegt, ein EU-weites Öl-Embargo ist in Vorbereitung.

Außerdem importieren wir aus Russland auch Stahl und metallische Rohstoffe wie Palladium oder Platin. Grund für die gerissenen Lieferketten zwischen Russland und Bayern sind die berechtigten Sanktionen sowie zerstörte bzw. unterbrochene Transportwege: Die Lufträume sind gegenseitig gesperrt, sowohl die großen Reedereien als auch viele Kurier- und Transportdienstleister haben ihren Service nach und aus Russland komplett eingestellt. Zudem haben sich zahlreiche Unternehmen freiwillig aus Russland zurückgezogen.

Russland und die Ukraine sind zusammen für knapp 30 Prozent des weltweiten Weizenexports verantwortlich. Die Exporte aus der Ukraine fallen aber wegen des Kriegs derzeit aus. Russland hat einen Exportstopp von Weizen angekündigt, um die eigene Versorgung zu sichern. Speziell für die Entwicklungsländer droht wegen der fehlenden Getreide-Lieferungen aus der Ukraine sowie der kräftig gestiegenen Preise eine Nahrungsmittelkrise.

Infolge des Kriegs sind die Handelswege nach Asien beeinträchtigt – wichtige Transportwege sind gestört oder unterbrochen, wie z. B. die Eisenbahnstrecken der sog. „Eisernen Seidenstraße“ durch die Ukraine oder durch Belarus. Auch die gegenseitigen Sperrungen der Lufträume behindern die Lieferketten zwischen Westeuropa und Asien. Zudem liegen in Russland wichtige Transitflughäfen für Frachtflüge aus Asien, die derzeit nicht nach und aus Europa angefliegen werden können.

Gasembargo hätte fatale Folgen für die gesamte Wirtschaft

220.000 Arbeitsplätze direkt betroffen ++ Massive indirekte Auswirkungen ++ Produktionsstopps befürchtet

Sollte es zu einem Gasembargo aus Russland kommen, wären allein in Bayern Branchen mit mindestens 220.000 Beschäftigten direkt von der ausbleibenden Energieversorgung betroffen. Hier geht es um die energieintensiven und gasabhängigen Branchen, zum Beispiel Chemie, Glas und Keramik, die Metallerzeugung und -verarbeitung mit den Gießereien und Stahlunternehmen, Aluminium sowie die Nahrungsmittel- und Papierindustrie.

Bei den aufgezählten Branchen handelt es sich um typische Vorleistungsproduzenten, deren Produkte in zahlreiche andere Branchen, zum Teil in der gesamten Wirtschaft, als Vorprodukte einfließen. Wenn es in diesen Branchen zu Produktionsstopps käme, würde sich das durch die kompletten Lieferketten ziehen und auch andere Produktionen zum Stillstand bringen. Damit wären die indirekten Auswirkungen eines Gasembargos noch weitaus größer als die direkten Auswirkungen.

Explodierende Energie- und Rohstoffpreise

Erdgas so teuer wie noch nie ++ Öl knapp 80 Prozent teurer als vor einem Jahr ++ vbw Energiepreisindex klettert von Allzeithoch zu Allzeithoch ++ Standort Bayern massiv betroffen

Der Weltmarktpreis für Erdgas hat sich seit Jahresbeginn 2022 verdoppelt, gegenüber dem Vorjahresniveau hat er sich sogar fast verdreifacht. Der Erdölpreis stieg von Jahresbeginn bis Anfang März um fast 70 Prozent, trotz einer leichten Beruhigung liegt er aktuell immer noch um rund 40 Prozent über dem Jahresanfangsniveau und um gut 50 Prozent höher als vor einem Jahr.

Vor Ausbruch des Russland-Ukraine-Kriegs importierte Deutschland 55 Prozent des Erdgases und 33 Prozent des Erdöls aus Russland. In Bayern kommen 60 Prozent der Kohleimporte und 45 Prozent der Öl- und Gaseinfuhren aus Russland. Faktisch kommen sogar bis zu 90 Prozent des in Bayern verwendeten Gases aus Russland – unabhängig davon, in welchem Land es bestellt wurde. Hintergrund ist die Tatsache, dass der Freistaat vornehmlich an Gaspipelines aus dem Osten angeschlossen ist. Allein in Bayern arbeiten 220.000 Beschäftigte in Branchen, die auf den Einsatz von Erdgas angewiesen sind.

Der vbw Energiepreisindex klettert von Allzeithoch zu Allzeithoch. Im Jahresverlauf 2021 hatte sich der Energiepreisindex nahezu verdoppelt. Im Februar 2022 erreichte der Index 199,5 Punkte. Das waren 82,8 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Der vorherige Höchststand vom April 2012 wird um knapp 40 Prozent überschritten. Die Energie- und Rohstoffpreissteigerungen sowie die Lieferengpässe belasten insbesondere die M+E Industrie, die in Bayern im bundesweiten Vergleich ein überdurchschnittliches Gewicht hat. Zudem leidet die exportorientierte Metall- und Elektroindustrie darunter, dass der Russland-Ukraine-Krieg die gesamte Weltwirtschaft dämpft.

Steigende Kosten und Inflation gefährden Investitionen und Innovationen

Inflation auf Rekordniveau ++ Kaufkraft und Investitionsbereitschaft geschwächt

Als Folge des russischen Kriegs gegen die Ukraine und der verschärften Lieferengpässe kam es zu drastischen Steigerungen der Transportkosten sowie der Preise für Energie und Rohstoffe. Dadurch werden die finanziellen Spielräume der Unternehmen massiv einengt und deren Investitionsmöglichkeiten reduziert.

Die ohnehin hohe Inflation wird weiter angeheizt, die reale Kaufkraft der Konsumenten geht zurück. Das hohe Preisniveau schwächt Kaufkraft und Investitionsbereitschaft. Als Reaktion auf die hohe Inflation schwenkt die Geldpolitik auf einen restriktiveren Kurs ein, was die Konjunktur zusätzlich belastet.

Hinzu kommt die Null-Covid-Strategie Chinas, die die wirtschaftliche Dynamik des Landes bremst. China ist der größte Handelspartner Bayerns. Psychologisch führt die aktuelle Situation nach den Informationen von Unternehmen sowie von Banken zu einer deutlichen Investitions- und Innovationszurückhaltung.

Die Inflationsrate wird den aktuellen Prognosen zufolge gut fünf bis sechs Prozent im laufenden Jahr betragen. Die EZB hält für den Euroraum sogar eine Inflationsrate von sieben Prozent für möglich.

Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei

Sinkende Infektionszahlen ++ Neue Welle im Herbst möglich ++ Wirtschaftsleistung in Bayern und Deutschland unter Vorkrisenniveau

Derzeit sinken die Infektionszahlen in Deutschland weiter. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein erneuter Anstieg bei stagnierenden Impffzahlen gegen Ende 2022 wahrscheinlich ist. Auch ist das Auftreten einer neuen Virusvariante nicht auszuschließen.

Trotz des Wachstums in Bayern in Höhe von +3,0 Prozent im Jahr 2021 sind wir noch nicht wieder auf Vor-Krisenniveau: Der Corona-bedingte Einbruch betrug in Bayern 2020 -4,3 Prozent. Auch in Deutschland konnte der Rückgang in Höhe von -4,6 Prozent mit dem Wachstum von +2,9 Prozent in 2021 nicht ausgeglichen werden.

Noch stärker sind die Auswirkungen in der Eurozone: So sackte das BIP (Bruttoinlandsprodukt) der Mitgliedsstaaten im Jahr 2020 um -6,4 Prozent ab und konnte mit dem Anstieg in Höhe von +5,3 Prozent in 2021 nicht wieder vollständig ausgeglichen werden. Ganz anders ist die Situation in den USA: Hier stieg die Wirtschaftsleistung mit +5,7 Prozent in 2021 deutlich stärker als der Rückgang 2020 in Höhe von -3,4 Prozent. China verzeichnete sogar in beiden Jahren ein Wachstum: 2020 wuchs die Wirtschaftsleistung um +2,3 Prozent, in 2021 sogar um +8,1 Prozent.